

**33. Sitzung des Stadtrates am 9. September 2013**

Auch bei der ersten Sitzung nach der Sommerpause – und mitten in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes - wurden die Ratsmitglieder schon auf dem Burgplatz wieder von zahlreichen lautstarken Demonstranten empfangen. Zu den inzwischen schon traditionellen Sprechchören der FOC-Gegner und den Gegnern der Sekundarschule von der Realschule Fahn sowie den Platanenbeschützern vom Hauptbahnhof gesellten sich nun auch die Demonstranten zum Erhalt des Kombibades in Homberg, die in den letzten Monaten viele Tausend Unterschriften gesammelt hatten.

Vor Sitzungsbeginn gedachten die Ratsmitglieder dem verstorbenen ehemaligen Ratsherrn Alois Fischer (CDU) und der verstorbenen Ratsfrau Silvia Pohle (SPD). Den nüchternen Statuten folgend wurde anschließend der „Nachrücker“ Dr. Hartmut Pietsch vereidigt, der schon in den letzten Legislaturperioden als Ratsherr für die SPD tätig war.

Der Anlass für diese Ratssitzung – so kurz nach den Ferien - war die **Einbringung des städtischen Haushaltsplanentwurfs für 2014**. In früheren Jahren wurden am Tag der Haushaltseinbringung keine weiteren Themen mehr beraten, diesmal lagen zusätzlich 32 öffentliche und 10 nicht-öffentliche Tagesordnungspunkte vor. Die Einbringung bzw. Veröffentlichung des Haushaltsentwurfs wird traditionell durch eine Rede des Oberbürgermeisters und Erläuterungen des Kämmerers begleitet.

**Oberbürgermeister Sören Link** lobte in seiner Rede den Haushaltssicherungsplan, den die Rot-Rot-Grüne Ratsmehrheit 2012 für die nächsten 8 Jahre beschlossen hatte. Damit sei das Fundament zum Schuldenabbau gelegt worden. Weiter führte er aus, dass Duisburg – im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen in NRW – auf dem richtigen Kurs sei. Er lobte die im letzten Jahr gefassten Beschlüsse als sehr weitsichtig und listete eine Reihe von Erfolgen auf, die er als positive Erfolge seiner Arbeit wertete, wie z.B. die Kanu-WM, die kostenlosen Bibliotheksausweise für alle Schüler bis zur 6. Klasse, die Einführung der Sekundarschulen und die finanzielle Einigung mit den Feuerwehrleuten. An diesen Beispielen wollte er deutlich machen, dass die Stadt die „neu gewonnen Spielräume“ sinnvoll nutzt. Weiter forderte OB Link deutlich mehr Geld von der Bundesregierung für die „Kosten der Unterkunft“ und für die Integration der Zuwanderer aus Südost-Europa, „unabhängig davon, wer in Berlin demnächst registriert“. Der Oberbürgermeister wurde während seiner Rede mehrfach lautstark von Demonstranten gestört, die sich auf den Besuchertribünen versammelt hatten. Mehrfach drohte er damit, die Tribüne räumen zu lassen.

**Stadtkämmerer Dr. Peter Langner** lobte in seiner Rede den frühesten Zeitpunkt einer Haushaltsplan-Einbringung „seit Menschen gedenken“. Er gab aber zu, dass dies nicht freiwillig erfolgte, sondern dem Stärkungspakt NRW geschuldet sei. Er sehe die Konsolidierung des städtischen Haushalts auf einem guten Weg und betonte, dass die Finanzaufsicht ausdrücklich die Erhöhung der Grundsteuer B gelobt habe, da dies den ernsthaften Sparwillen der Stadt zeige... Weiter führte der Kämmerer aus, dass die Finanzaufsicht aber auch die hohen Schlüsselzuweisungen kritisch sehe, die die Verwaltung für die kommenden Jahre eingeplant hat. Da viele Einsparungen des HSP schon im ersten Jahr nicht zu realisieren waren, erklärte Dr. Langner vorsorglich, dass es klar war, dass ein HSP mit über 200 Einzelmaßnahmen nicht ohne Korrekturen und Anpassungen umsetzbar sei. Für den zurückliegenden Haushalt 2012 erklärte der Kämmerer, dass damals ein Minus von 118,1 Mio. Euro erwartet wurde, es aber letztlich nur zu einem Minus von 60,6 Mio. Euro gekommen sei. Auch dies sei ein Ergebnis des von Rot-Rot-Grün im letzten Jahr beschlossenen Haushaltssanierungsplans... Tatsache ist aber, dass der Kämmerer in den vergangenen 8 Jahren stets einen äußerst hohen Minusbetrag erwartet bzw. geplant hatte und der reale Jahresabschluss dann immer „nur“ bei der Hälfte lag, so dass OB,

Kämmerer und die jeweilige Ratsmehrheit dies immer mit Stolz als großen Erfolg verkünden konnten. Auch für das Jahr 2013 plant der Kämmerer mit einem Minus von 81,2 Mio. Euro.

In dieser Ratssitzung diskutierten und kommentierten die Fraktionen die eingebrachten Haushaltszahlen nicht, sie beschlossen lediglich, den Plan in den kommenden Wochen von den Fachausschüssen und den 7 Bezirksvertretungen beraten zu lassen. Beschlossen werden soll der Finanzplan für 2014 in der nächsten Ratssitzung am 11. November.

Zu ersten längeren Diskussionen kam es bei Tagesordnungspunkt 7, wo der Rat die **Gründung einer neuen städtischen Einkaufsgesellschaft (DEG)** beschließen sollte. Bei der bisherigen städtischen Einkaufsgesellschaft, dem ESD, wurde nicht einmal für alle städtischen Ämter eingekauft, in der neuen Gesellschaft soll für die gesamte Kernverwaltung und für einige städtische Gesellschaften eingekauft werden (auch nicht für alle). Allerdings soll sich die neue Gesellschaft aus den bisherigen 'Chef-Einkäufern' der Gesellschaften und der Stadtverwaltung zusammen setzen, die in einem losen Verbund zusammen arbeiten und weiterhin bei ihren jetzigen Arbeitgebern bleiben sollen. Zudem soll die Position eines Geschäftsführers eingerichtet werden.

Die FDP-Fraktion hatte sich intensiv mit dem Thema beschäftigt und ist zu dem Schluss gekommen, dass die ganze vorgelegte Konstruktion noch nicht beschlussreif ist. FDP-Ratsherr Frank Albrecht erklärte, dass ein „Zwitterwesen“ geschaffen werden soll, bei dem weder Zuständigkeiten noch Verantwortlichkeiten klar definiert sind und es auch nicht zu erkennen sei, ob und wie es zu den gewünschten Einsparungen kommen soll. Frank Albrecht äußerte sogar Verständnis für den Versuch des Oberbürgermeisters, den städtischen Einkauf neu zu gestalten: „Sie sind Gefangener der im HSP beschlossenen Einsparpotentiale und müssen das irgendwie umsetzen...“. Das Rechnungsprüfungsamt und der Personalrat hatten der neuen Gesellschaft zwar grundsätzlich zugestimmt, in ihren Erklärungen dazu konnte man aber auch sehr deutlich große Bedenken zur gewählten Konstruktion erkennen. Letztendlich stimmten nur FDP und DWG gegen die Gründung einer neuen Einkaufsgesellschaft, alle anderen Fraktionen hoffen darauf, dass sich im Laufe der Zeit eine erkennbare Organisation und Einsparungen ergeben und stimmten zu.

Einige Tagesordnungspunkte später ging es um die **Gründung von Sekundarschulen** in den Bezirken Hamborn und Süd. In der Beschlussvorlage wurde das mit dem Titel „Umsetzung des Schulkonsens NRW in Duisburg“ beschrieben. Da die FDP die Einführung der Sekundarschule grundsätzlich ablehnt, lehnte die Ratsfraktion nun auch die neuen Standorte dafür ab, zumal es sich meist um Realschulen handelt, deren Ende damit besiegelt wird. FDP-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Bies bekräftigte noch mal das „Nein zum Schulpakt“. Wie im Landtag und in früheren Ratssitzungen stimmten alle anderen Parteien der Gründung von Sekundarschulen zu.

Bei den folgenden Beschlüssen zu **Bebauungs- und Flächennutzungsplänen** gab es keine Diskussionen und nur wenige Gegenstimmen. So wurde in Alt-Hamborn ein Bebauungsplan zur Verhinderung von Spielhallen aufgestellt, weitere Planungen zur „Duisburger Freiheit“ (Möbel Höffner, Krieger) beschlossen, die Pläne für einen Autohof am Kreuz Kaiserberg beschlossen (Grüne dagegen) und der Bau von Seniorenhäusern an der Wedauer Straße beschlossen.

Auch die folgenden Mitteilungsvorlagen lösten keine Debatten aus. Darin wurde den Ratsmitgliedern die **Haushaltsverfügung der Finanzaufsicht** zur Kenntnis gegeben, sowie ein **Schreiben des NRW-Innenministers** und ein **Urteil des Verfassungsgerichtshofes** zum Einheitslastenabrechnungsgesetz. Dazu wurde der **Controllingbericht** zur Umsetzung des Haushaltssanierungsplans bekannt gegeben.

Zu langen und intensiven Diskussionen kam es beim Einwohnerantrag nach § 25 GO zum **Erhalt des Kombibades in Homberg**. Die Verwaltung hatte festgestellt, dass der Einwohnerantrag als zulässig anzuerkennen sei, da die eingereichte Anzahl von gültigen Unterschriften und alle

sonstigen juristischen Voraussetzungen erfüllt wurden. Der Oberbürgermeister erklärte, dass er nun – den Vorschriften entsprechend – in den kommenden 4 Monaten mit allen Beteiligten sprechen werde und anschließend einen Lösungsvorschlag erarbeiten wird, „der allen gerecht wird“. Die SPD erklärte langatmig, dass sie auf der Seite der Bürger stehe und den Willen der Bürger respektiere und auch für den Erhalt des Kombibades kämpfen wird... und das nachdem die Rot-Rot-Grüne Ratsmehrheit im letzten Jahr innerhalb ihres eigenen Haushaltssicherungsplans beschlossen hatte, dass das Bad nur noch in der privaten Trägerschaft eines Schwimmvereins geöffnet werden soll und auch nur noch als Hallenbad (ohne Freibad). Die Verursacher des ganzen Problems wollten sich nun offenbar als Retter des Bades darstellen, was CDU und FDP erzürnte, weil die beiden Fraktionen erst im Mai diesen Jahres einen Antrag zum Erhalt des Kombibades im Rat gestellt hatten (inkl. Gegenfinanzierungsvorschlägen), der damals von Rot-Rot-Grün kommentarlos abgelehnt wurde. Einstimmig stellte der Rat die Zulässigkeit des Einwohnerantrags fest, die inhaltliche Debatte folgt noch...

Der Fußballverein „Turnerbund Rheinhausen“ wird seine beiden Sportplätze vor der Brücke der Solidarität aufgeben und zur **Sportanlage des OSC-Rheinhausen** umziehen. Das freiwerdende Gelände wird an die WOMA verkauft, eine Firma die stark expandieren möchte und an dieser Stelle neue Arbeitsplätze schaffen wird. Aus dem Verkaufserlös des städtischen Grundstückverkaufs soll die Sportanlage des OSC erneuert und ausgebaut werden, damit beide Sportvereine dort ausreichend Platz finden. Die erforderlichen Finanz- und Sportbeschlüsse fasste der Rat einstimmig.

Zu lautstarken Auseinandersetzungen kam es beim Thema **Zuwanderung aus Südosteuropa**. Die CDU hatte 6 Tage vor der Ratssitzung einen Antrag gestellt, wonach der Oberbürgermeister in jeder Ratssitzung berichten soll, welche Maßnahmen die Stadt ergriffen hat, um z.B. die Angelegenheiten mit dem sog. „Problemhaus“ in Rheinhausen-Bergheim zu lösen. Desweiteren bemängelte die CDU, dass der Oberbürgermeister und die zuständigen Behörden bisher zu wenig getan haben. Am Tag der Ratssitzung stellten SPD, Grüne und Linke einen ähnlichen Antrag, in dem der Oberbürgermeister und die Verwaltung für ihre Tatkraft im Zusammenhang mit den Problemen gelobt wurden und der OB aufgefordert wurde, monatlich einen Bericht vorzulegen. Gleichzeitig solle sich Rechtsdezernent Rabe (CDU) der Sache annehmen. Die hitzige Diskussion wurde vornehmlich pauschal geführt, z.B. über die Art der Antragsstellung oder über Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung. Oberbürgermeister Link ergriff ungewöhnlich lautstark das Wort und prangerte die „Untätigkeit“ der Bundesregierung an, gleichzeitig lobte er die Hilfen der NRW-Landesregierung. Der Bund „ducke sich weg“ und sein Vorgänger, Oberbürgermeister Sauerland, habe überhaupt nichts getan.

Zum **Eklat** kam es, als SPD-Ratherr Lieske provozierend über konservative Einstellungen und über die Partei mit dem „C“ im Namen philosophierte und Wahlplakate mit der Aufschrift „Geld für die Oma, statt Sinti und Roma“, und „lieber Maria statt Scharia“ geißelte, was lautstarke Proteste der CDU hervorrief. Das Ratherr Lieske die CDU und die Parolen einer rechtsradikalen Partei vermengte hatte Oberbürgermeister Link „so nicht verstanden“... Die CDU bestand auf einem Wortprotokoll des Redebeitrags und darauf, sofort nach der Sitzung die Protokoll-Aufnahme abzuhören um genau überprüfen zu können, wie Herr Lieske sich ausgedrückt hatte. SPD-Ratherr Idic heizte die Stimmung noch weiter an, als er über die Parole und den Urheber von „Kinder statt Inder“ sprach und weitere lautstarke Proteste der CDU provozierte. Natürlich setzten sich SPD, Linke und Grüne mehrheitlich mit ihrem Antrag durch.

Es folgte noch eine Anfrage der CDU zum **Wegzug von Alltours nach Düsseldorf**. Die CDU hatte 7 detaillierte Fragen gestellt, die der Oberbürgermeister kurz und pauschal beantwortete indem er erklärte, dass er von diesem Wegzug überrascht wurde und nur durch die Presse erfahren habe. Er bedauere das, aber es handele sich „um einen ganz normalen Vorgang“.

Gegen 19:45 Uhr war die Ratssitzung beendet, die nächste ist erst wieder für den 11. November 2013 geplant.